

## **TV Altenburg - Artikel vom: 29.10.2015**

[http://www.wochenspiegel-abg.de/regionales/Zwischen\\_Anspruch\\_und\\_Wirklichkeit-7773.html](http://www.wochenspiegel-abg.de/regionales/Zwischen_Anspruch_und_Wirklichkeit-7773.html)

### **Zwischen Anspruch und Wirklichkeit Flüchtlingspolitik des Landkreises in der Kritik**

In der Abarbeitung der Flüchtlingsthematik im Landkreis Altenburger Land steht das Landratsamt inzwischen in der Kritik. Zwischen dem politischen Anspruch an der Spitze des Landkreises und den tatsächlichen Gegebenheiten scheint die Schere immer mehr auseinanderzugehen. Dies wurde auch in der gestrigen Kreistagssitzung deutlich.

Auf der Tagesordnung stand ein Beschluss für einen Nachtragshaushalt. 19,7 zusätzliche Stellen im Landkreis sollen künftig die Abarbeitung der Asylanträge und die Betreuung der ankommenden Flüchtlinge verbessern. Dieser Beschluss schien mit sehr heißer Nadel gestrickt, denn auf dem Deckblatt war von nur 16,81 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu lesen. Viel schwerer jedoch wiegt, nach Meinung der SPD im Landkreis, dass die Verwaltung für die angesetzten Stellen bis heute keine Finanzierungsquelle hat. Laut SPD-Fraktionschef Dirk Schwerd handle es sich bei dem Beschluss um einen „ungedeckten Scheck in Höhe von einer Million Euro“, dies sei „keineswegs entscheidungsreif“.

Noch härter gingen Altenburgs Oberbürgermeister Michael Wolf aber auch der Gößnitzer Bürgermeister Wolfgang Scholz mit Landrätin Michaela Sojka ins Gericht. Nach aktuellem Stand müsse die Finanzierung aus der Kreisumlage erfolgen. Wenn in einer der Kommunen daraufhin z.B. eine kulturelle Einrichtung nicht mehr finanzierbar sei, dann gäbe es sozialen Unfrieden auf dem Rücken der Bürger und Flüchtlinge. Zu wenig sei über Alternativen zu der unbefristeten Einstellung von knapp 20 neuen Mitarbeitern gesprochen worden. Zeitlich befristete Abordnungen aus den Kommunen zum Landkreis hätte das Personalproblem ohne zusätzliche Kosten überbrücken können.

SPD-Fraktionschef Schwerd stellte auch eine Thüringer Verordnung vor, wonach für genau diese Stellen Geld hätte beantragt werden können. Nur passiert ist beim Landkreis dies offenbar bis jetzt nicht.

Und so wurde aus der Diskussion um den Nachtragshaushalt eine Generalkritik an der Flüchtlingsarbeit des Landratsamtes. 84 Prozent der ankommenden Asylsuchenden werden der Stadt Altenburg zugewiesen. Bislang wurden lediglich noch in Schmöln und Gößnitz vereinzelte Flüchtlinge untergebracht. Wie Landrätin Sojka bestätigte, gäbe es aber eine große Anzahl Wohnungsangebote aus anderen Gemeinden des Landkreises. Laut Sojka könnten diese nicht genutzt werden, da die Mitarbeiter im Landratsamt dafür fehlen würden und auch Möbellieferungen auf sich warten lassen. Ein Einwand, den vor allem Altenburgs OB nicht gelten lies. Wenn es Mitarbeiter gäbe, die Flüchtlinge nach Altenburg verteilen und auch hier die Möbel bereit stünden, so könne dies auch in anderen Gemeinden passieren.

Kritik an der aktuellen Arbeit des Landratsamtes kam sogar aus dem Lager der Linken. Tatsächlich werden Flüchtlinge durch das Landratsamt vor allem in billigen Wohnraum in Altenburg Nord eingewiesen. Laut Recherche unserer Redaktion

wohnten dort zum Teil bis zu sieben Asylsuchende Männer in einer Zweiraumwohnung. Von dezentraler Unterbringung kann hier schon lange keine Rede mehr sein. Parallel bieten auch in Altenburg seit Wochen verschiedene Privatvermieter verteilten Wohnraum an, doch eine Zuweisung gab es seit Monaten nicht.

Auch die Arbeit ehrenamtlicher Unterstützer werde durch das Landratsamt behindert. Informationen, wo hilfsbedürftige Familien untergebracht seien, würden mit Hinweis auf den Datenschutz nicht weitergegeben. Ehrenamtliche Dolmetscher, die ihre Hilfe dem Landratsamt anböten, würden von den zuständigen Mitarbeitern abgewiesen. Und in der Ausländerbehörde selbst arbeiten z.T. Mitarbeiter die weder Englisch noch eine andere Fremdsprache beherrschen.

Und so geht sie derzeit immer weiter auseinander die Schwere zwischen Anspruch und Realität im Landkreis.

Eine Mehrheit der Mitglieder im Kreistag stimmte trotzdem für die zusätzlichen 19,7 Stellen. Doch auch die CDU-Fraktion im Kreis forderte, dass der Landkreis im Haushalt 2016 für diese Stellen eine Refinanzierung ausweisen müsse. Eine weitere Hausaufgabe für die Verwaltung.